

Scheidemann gegen die Opposition.

„Es lebe der Frieden!“ Unter diesem Titel ist im Verlag der Buchhandlung „Vorwärts“ eine Broschüre des Vorsitzenden der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Philipp Scheidemann erschienen, die recht wirksames Material gegen die Kreditverweigerer enthält. Er führt zur Bekräftigung der Ansicht, daß die Sozialdemokraten, die die Pflicht zur Vaterlandsverteidigung durchaus anerkennen, die Mittel dazu nicht ablehnen können, weil nicht das von ihnen geforderte Volkshier, sondern „nur der Militarismus und Marinismus“ zur Stelle war, ein Gleichnis an:

„In einer Gemeindeverwaltung wird darüber gestritten, was zweckmäßiger sei, dieses oder jenes System einer Feuerspritze zu beschaffen. Die eine Partei tritt ein für Autobetrieb, die andere für Pferdebespannung. Die Pferdefreunde siegen und die entsprechende Spritze wird angeschafft. Eine furchtbare Feuersbrunst bricht aus, die ganze Gemeinde ist gefährdet. Nun stelle man sich vor, daß die Autospritzenpartei hätte beiseite stehen sollen, als ob sie der Brand gar nichts angehe, weil die vorhandene Spritze mit Pferden befördert wurde, während sie die modernsten Kraftfahrzeuge als das Zweckmäßigste gefordert hatte. Wenn es brennt, löscht man, dann streitet man nicht über das beste Spritzensystem.“

Sehr geschickt verwendet Scheidemann gegen die Kreditverweigerer eine Aeußerung des Reichstagsabg. Hoch, der selbst im Dezember 1915 in der Reichstagsfraktion für die Ablehnung der Kriegskredite war, hernach aber im Reichstag den Saal verlassen hat. Abg. Hoch schrieb im Mai 1915 in der von ihm redigierten „Dachdecker-Zeitung“:

„Freilich hätten die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten die Kriegsforderungen verweigern können. Sicher hätte das einen großen Eindruck auf die aufgeklärten Arbeiter gemacht. Sie hätten die Ablehnung der Kriegsforderungen durch sämtliche sozialdemokratischen Abgeordneten als die Aufforderung auffassen müssen, dem Vorbilde ihrer Vertreter im Reichstage möglichst zu folgen, also sich dem Kriegsdienste, wo es irgend geht, zu entziehen, oder, wo der Zwang zum Kriegsdienste unvermeidlich war, sich wenigstens von dem Dienste möglichst zu drücken, den feindlichen Heeren möglichst wenig Schaden zuzufügen, sich bei der ersten Gelegenheit gefangennehmen zu lassen. Ein solches Verhalten der aufgeklärtesten und tatkräftigsten Arbeiter, die infolge dieser Eigenschaften auch als Soldaten in ihrem Kreise am einflußreichsten sind, mußte die Widerstandskraft der Heere um so mehr schwächen, je mehr Sozialdemokraten im Heere sind.“

Die Opposition innerhalb der Sozialdemokratie führt Scheidemann in ihren Anfängen zurück auf einen weltfremden Doktrinarismus: „Aus den Massen selbst kam der Opposition Verstärkung meist aus Anlaß der Lebensmittelteuerung.“ Die gewiß großen Schwierigkeiten auf dem Lebensmittelmarkt sind nach Scheidemann „vielfach in demagogischer Weise gegen die Politik der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion benutzt worden, um die Opposition zu vergrößern.“ Es ist beschämend — sagt Scheidemann — „daß eine derartig plumpe Maché Erfolge hat verzeichnen können.“

Scheidemann schließt seine Broschüre mit den Worten: „Die Gegner sehen ihre Siegeshoffnungen auf die Einigkeit und Kriegsentschlossenheit in ihren Ländern und auf die Zwietracht und Kriegsverdrissenheit in unserm Lande. Diese Hoffnungen müssen zerstört werden, je schneller, umso besser. Wer Handlungen begeht, die die Hoffnungen unserer Gegner stärken, hilft den Krieg verlängern. Es lebe der Frieden!“

Hierher paßt auch ein Flugblatt, das der sozialdemokratische Parteivorstand ausgegraben hat und in einer neuen Broschüre im Verlag „Vorwärts“: Sozialdemokraten und nationale Verteidigung“ verwendet. In einem sozialdemokratischen Flugblatt, das im Januar 1907 zur Wahl von Dr. Karl Liebknecht aufforderte, hieß es wörtlich:

„Zu den ganz regelmäßig wiederkehrenden Beschuldigungen... gehört die, daß die Sozialdemokratie „vaterlandslos“ sei, das Vaterland wehrlos machen wolle und Gegnerin des Militarismus sei, also eine schändliche, vaterlandsverräterische Gesinnung besitze.“

Wie sagte doch Eduard Bernstein am 14. Juli 1915 im „Vorwärts“: „Nichtswürdig ist der Politiker, den die Furcht, an Popularität zu verlieren, zum Abweichen von dem veranlaßt, was sein Gewissen ihm vorschreibt.“